

Inhaltsverzeichnis

Einführung	19
<i>Teil 1</i>	
Die historische Entwicklung	22
A. Die Entwicklung im Deutschen Reich von 1871	22
I. Die Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen zwischen Reich und Ländern und ihre Entwicklung	23
II. Die Stellung der Landtage im Rahmen der Finanzverfassung des Reiches	25
III. Die Beteiligung der Landtage an der einzelstaatlichen Einflußnahme auf den Reichswillen	27
IV. Die Präjudizierung der Landtage durch interföderale Absprachen	29
B. Die Entwicklung in der Weimarer Republik von 1919	30
I. Die Stellung der Landesparlamente nach Einführung der parlamentarischen Demokratie	30
II. Die Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen zwischen Reich und Ländern und ihre Entwicklung	31
III. Die Stellung der Landtage im Rahmen der Finanzverfassung der Weimarer Republik	34
IV. Die Beteiligung der Landtage an der einzelstaatlichen Einflußnahme auf den Reichswillen	35
V. Die Präjudizierung der Landtage durch interföderale Absprachen	37
C. Die Landesparlamente im Dritten Reich (1933 - 1934)	38
D. Die Landesparlamente in der Nachkriegszeit (1946 - 1949)	40
E. Die Gründungsphase der Bundesrepublik Deutschland und ihre Bedeutung für die Stellung der Landesparlamente	42
I. Die Einsetzung des Parlamentarischen Rates	42
II. Die Arbeit des Parlamentarischen Rates	43

Teil 2

	Die Landesparlamente im System des GG	46
A. Fragestellung		46
B. Die Landesparlamente und das bundesstaatliche Prinzip		47
I. Die Gliederung des Bundes in Länder		47
1. Die Existenz mehrerer Entscheidungszentren		47
2. Die Staatsqualität von Zentralstaat und Gliedstaaten		48
3. Mindestbestand an Gesetzgebungskompetenzen als Essentiale der Staatlichkeit		49
II. Die grundsätzliche Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung		49
1. Die Garantie eigener Gesetzgebung		49
2. Abweichende Auffassung		50
III. Der Landtag und das Gesetzgebungsrecht		50
IV. Ergebnis		51
C. Der Stellenwert der Landesparlamente unter gewaltenteilenden Aspekten		51
I. Die Verschränkung von horizontaler und vertikaler Gewaltenteilung		51
II. Das Problem der Kompetenzkompensation		52
III. Gewaltenteilung und parlamentarisches Regierungssystem		54
1. Der Einfluß des von den politischen Parteien getragenen parlamentarischen Regierungssystems auf die Stellung der Landesparlamente		55
2. Die Auswirkungen der Gewaltenverschränkung auf die Stellung der Landesparlamente		58
IV. Ergebnis		60
D. Standort und Stellenwert der Landesparlamente im Rahmen des Demokratieprinzips		61
I. Die Landtage und das Spannungsverhältnis von bundesstaatlicher Ordnung und Demokratieprinzip		61
1. Die Auswirkungen der unitarisch-zentralistischen Tendenzen		61
2. Die Auswirkungen der unitarisch-kooperativen Tendenzen		63
a) Die stärkere demokratische Legitimation des Parlaments		64
b) Die Öffentlichkeitsfunktion des Parlaments		66
c) Die Kontrollfunktion der Landesparlamente		67
II. Die Landtage und die positiven Wechselwirkungen von bundesstaatlicher Ordnung und Demokratieprinzip		70
1. Der Geltungsbereich des Art. 79 Abs. 3, 3. HS		70

	Inhaltsverzeichnis	11
2.	Der Sinngehalt der bundesstaatlichen Ordnung	70
a)	Der Erhalt der geschichtlichen Individualität der Einzelstaaten ..	71
b)	Das Subsidiaritätsprinzip	71
c)	Ergänzung und Verstärkung der Elemente der Demokratie	72
d)	Ergebnis	74
E.	Zusammenfassung	74

Teil 3

Die verlorene „Macht“ der Landesparlamente 76

A.	Machtverlust durch eine Verschiebung der Kompetenzen im Verhältnis Bund/Länder	76
I.	Verlagerung der Gesetzgebungszuständigkeiten	76
II.	Exemplarische Betrachtung der weiteren, für den Machtverlust der Landesparlamente relevanten Faktoren im Bereich der Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern	77
1.	Der Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung	77
2.	Der Bereich der Rahmengesetzgebung	78
3.	Die Entwicklung der Finanzverfassung und ihre Auswirkung auf die Stellung der Landesparlamente	79
a)	Die Entwicklung bis zur großen Finanzreform im Jahre 1969 ...	79
b)	Die Entwicklung nach der großen Finanzreform im Jahre 1969 ..	80
4.	Völkerrechtliche Verträge des Bundes über Gegenstände der Landesgesetzgebung	82
B.	Machtverlust durch eine Verschiebung der Kompetenzen im Verhältnis Europa/Länder	83
I.	Die Eingriffe in Bereiche der Landesgesetzgebung durch Regelungen der EG	83
II.	Ausblick auf den Verfassungsentwurf einer Europäischen Union und dessen Auswirkung auf die Stellung der Landtage	84
C.	Machtverlust durch eine Verschiebung der Kompetenzen im Verhältnis Regierung/Parlament	86
I.	Die Mitwirkungsbefugnis an höherstufigen Entscheidungsprozessen ..	86
1.	Die Gründe für die Machtverschiebung zwischen Regierung und Parlament	86
2.	Die Notwendigkeit einer Beteiligung der Landesparlamente	87

II. Die höherstufigen Entscheidungsprozesse im einzelnen	88
1. Die Regierungen als Mitwirkende im Bundesrat	88
a) Die normative Regelung nach Art. 51 GG	88
b) Die mittelbare Einschaltung der Landesparlamente	88
2. Die Landesregierung als Beteiligte an Entscheidungen auf EG-Ebene	89
a) Normative Regelung nach § 85 a GGO II	89
b) Die mittelbare Beteiligung der Landesparlamente	90
3. Die Landesregierung als Beteiligte beim Abschluß völkerrechtlicher Verträge	91
a) Die Regelung nach dem Lindauer Abkommen	91
b) Die Beteiligung der Landtage	91
4. Die Landesregierung als Beteiligte bei bundesgesetzlichen Verordnungsermächtigungen nach Art. 80 Abs. 1 GG	92
5. Die Präjudizierung der Landtage im Bereich der Entscheidungen des kooperativen Föderalismus	93
a) Die Kooperation auf der „Dritten Ebene“	94
aa) Staatsverträge der Gliedstaaten untereinander	94
bb) Fachministerkonferenzen und andere Koordinationsgremien	96
b) Die Kooperation auf der „Vierten Ebene“	97
aa) Bund-Länder-Abkommen	97
bb) Bund-Länder-Gremien	98
III. Die Wahrnehmung der Staatsaufgabe Planung	98
1. Die Gründe für die Machtverschiebung zwischen Regierung und Parlament	98
2. Die Notwendigkeit einer Beteiligung der Landesparlamente	99
3. Die Mitwirkung der Landesparlamente am Beispiel der Rahmenplanung nach Art. 91 a GG	100

Teil 4

Die Gründe für die zentripetale Entwicklung der bundesstaatlichen Ordnung	102
A. Fragestellung	102
B. Die Auswirkung egalitärer Tendenzen auf die bundesstaatliche Struktur	103
I. Die Vereinheitlichung der Lebensverhältnisse	103
1. Das Sozialstaatsprinzip	103
2. Grundrechtsschutz gegen bundesstaatliche Vielfalt	104

- II. Zentralisierung als Effizienzsicberung 105
- III. Sachliche Unitarisierung als administrative Abwehrstrategie 106
- C. Die Nachgiebigkeit der Verfassung gegenüber egalitären Tendenzen 107
 - I. Das Verfahren der Verfassungsänderung im Bereich der Gesetzgebungs-
kompetenzen 107
 - II. Art. 72 Abs. 2 GG als Ursache egalitärer Tendenzen 108
 - III. Ergebnis 109

Teil 5

Reformansätze

- A. Die maßgeblichen Initiatoren der Reformvorschläge 111
- B. Die verschiedenen Reformansätze 112
 - I. Die Beteiligung der Landesparlamente an höherstufigen Entscheidungs-
prozessen 113
 - 1. Die Praxis in den einzelnen Bundesländern 113
 - a) Staatsverträge und Verwaltungsabkommen 113
 - b) Gemeinschaftsaufgaben 115
 - aa) Rahmenpläne nach Art. 91 a GG 115
 - bb) Vereinbarungen nach Art. 91 b GG 116
 - c) Bundesratsangelegenheiten 116
 - d) Koordinationsgremien der Regierungen, insbesondere Fachmini-
sterkonferenzen 119
 - e) Angelegenheiten der Europäischen Gemeinschaften, soweit Kom-
petenzen der Länder berührt werden 120
 - 2. Abschließende Bewertung der Unterrichtsregelungen 121
 - II. Stärkung der Landesparlamente durch den Einbau von Sicherungen in
das Grundgesetz 122
 - 1. Die Beteiligung der Landesparlamente am Verfahren der Verfas-
sungsänderung 122
 - 2. Die Beteiligung der Landesparlamente bei Übertragung von Hoheits-
rechten der Länder durch den Bund nach Art. 24 Abs. 1 GG 123
 - 3. Neufassung der Bedürfnisklausel des Art. 72 Abs. 2 GG 124
 - 4. Neufassung des Begriffs Rahmengesetzgebung 126
 - 5. Verlängerung der Frist für die Stellungnahme des Bundesrates im
Gesetzgebungsverfahren 127

6. Gesetzgebungsrecht der Landesparlamente bei bundesgesetzlichen Verordnungsermächtigungen zugunsten der Landesregierungen ge- mäß Art. 80 Abs. 1 GG	128
III. Stärkung der Landesparlamente durch Aufgabenneuverteilung	129
1. Revision des Gesetzgebungskatalogs des GG	129
2. Abbau des kooperativen Föderalismus	131
a) Überregionale Koordinationsgremien	131
b) Staatsverträge der Gliedstaaten untereinander	132
c) Gemeinschaftsaufgaben und Mischfinanzierungen	133
3. Die Beteiligung der Landesparlamente an staatsleitenden Entschei- dungen	134
C. Ergebnis	136
Schlußbetrachtung	137
Schrifttumsverzeichnis	139